

I. Maastricht, Budgetkonsolidierung und Beschäftigung

Zu den wirtschaftstheoretischen Grundlagen des Gutachtens zur Budgetkonsolidierung Sozialpartnerschaft im Tetralemma?

von Brigitte Unger

I. Eine Parabel zur Sozialpartnerschaft

Als die Sozialpartner eines abends auf der kleinen indonesischen Insel Gili Terawangan, die völlig überlaufen war und deren Strand eher wie eine Mülldeponie aussah, ankamen, waren sie sehr enttäuscht. Es kutscherte der Fahrer eines Dorak, das ist ein kleines von einem Pony gezogenes Wägelchen, sie von Tür zu Tür, rief etwas auf indonesisch und als Antwort kam "full". Letztendlich bot man ihnen das letzte freie Zimmer der Insel, einen fensterlosen Raum ohne Bad, um einen horrenden Preis an. Sie befanden sich im Dilemma, entweder um den Preis eines first class Hotels in einer Baracke zu wohnen oder am Strand von den Sandflöhen aufgefressen zu werden. Fast schadenfroh standen die Inselbewohner um sie herum und versuchten, sie zu dem Nepp in der Baracke zu wohnen, zu überreden. Die Situation erschien ausweglos und trostlos.

"Wir müssen zumindest eine Nacht in diesem fensterlosen Raum verbringen" sagten die einen, "schlafen wir lieber am Strand und nehmen das Risiko der Sandflöhe auf uns" sagten die anderen. Letztere befanden sich in der Minderheit. So diskutierten sie hin und her und jammerten über ihre missliche Lage. Da erinnerte sich der Weiseste unter den Sozialpartnern plötzlich an Mathias Vargas Vortrag über Logik und das Tetralemma. Statt im Dilemma zwischen zwei Möglichkeiten gefangen zu bleiben (das eine oder das

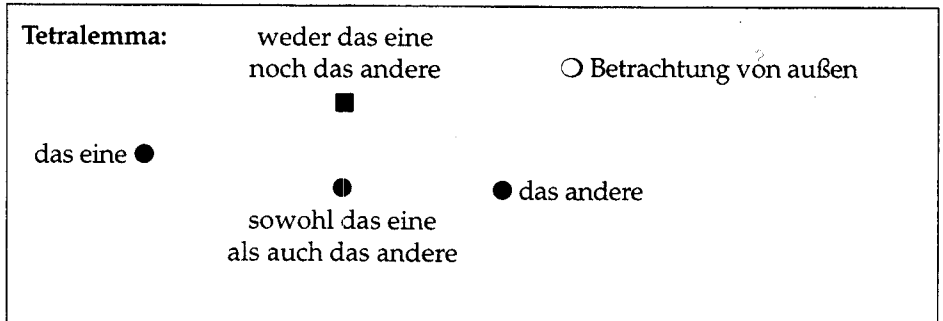
andere wählen zu müssen) zieht das Tetralemma noch zwei weitere Möglichkeiten in betracht (sowohl das eine als auch das andere und weder das eine noch das andere). Es werden also vier (tetra-lemma) statt zwei (di-lemma) Alternativen betrachtet. Ferner soll man die Situation auch noch von außen betrachten, ob nicht der Schwerpunkt ein anderer als der ursprünglich gedachte ist.

Die Sozialpartner berieten und erwogen hin und her. Seit sie beschlossen hatten, die Dilemmasituation zu verlassen, erweiterte sich ihr Handlungsspielraum. Als sie überlegten, weder das eine (fensterloser Raum) noch das andere (von Sandflöhen gefressen werden) zu wählen, kamen sie auf eine neue Idee. Es mußte auf dieser Insel irgendeinen Fischer geben, der bereit war, sie woanders hinzufahren. Nach einigem Suchen fanden sie einen bereitwilligen Fischer, der sie mit seinem Fischerboot auf die benachbarte Insel Gili Meno ruderte.

Dort hatten sie mehrere Unterkünfte zur Wahl, weißen Sand und türkises Meer, genau so wie sie es sich erträumt hatten.

II. Sozialpartnerschaft im Dilemma: Budget jetzt oder später konsolidieren?

Liest man das von den Sozialpartnern erstellte Gutachten zur Budgetkonsolidierung vom September 1995, so versuchen die Sozialpartner im Dilemma zwischen fensterlosem Raum zu überhöhtem Preis (Budget jetzt konsolidieren) und von Sandflöhen am Strand erstochen werden (Budget später konsolidieren und Staatsbankrott) das geringere Übel zu suchen. Die beiden anderen Alternativen (Budget jetzt und später konsolidieren und Budget weder jetzt noch später konsolidieren) werden nicht ins Auge gefaßt. Im Gutachten entscheiden sie sich mit ein bißchen Überwindung für den fensterlosen Raum (Budget jetzt konsolidieren). Das Bemühen zwischen zwei unliebsamen Alternativen eine auszuwählen zieht sich unter dem Motto "wir müssen" durch das ganze Gutachten. Die Argumente, die für eine sofortige Budgetkonsolidierung vorgebracht werden, sind vielseitig und sehr bemüht. Doch leider nicht immer logisch konsistent.



Auf Seite 5 erfahren wir, daß jetzt der richtige Zeitpunkt zur Budgetkonsolidierung sei, weil wir uns in einer Hochkonjunkturlage befinden. Da gibt es weniger konjunkturbedingte Arbeitslose und dämpfende Maßnahmen lassen sich mit weniger negativen Begleiteffekten auf Output und Beschäftigung durchsetzen. Auf Seite 6 hingegen erfahren wir, daß wir jetzt konsolidieren müssen, weil Budgetkonsolidierung in der Praxis mit Wirkungsverzögerungen konfrontiert ist. Der politische Prozeß muß schnellstmöglich begonnen werden, damit die verwaltungsmäßige Umsetzung der Budgetpolitik, die "einen längeren Zeit- und Ressourcen aufwand erfordert, bis die erwünschte Wirkung eintreten kann" nicht noch weiter verzögert wird. Sofern wir nicht annehmen, daß die Hochkonjunktur über mehrere Jahre anhält, was eine Widerlegung jeglicher Konjunktur(zyklus)theorie wäre, befinden wir uns also wenn der "time-lag" der Budgetkonsolidierung zum Tragen kommt, bereits in der Rezession. Auf Seite 5 hatten wir aber doch gehört, daß wir in der Hochkonjunktur konsolidieren sollen! Ich gebe zu, es ist nicht leicht, ein keynesianisches Argument der Multiplikatorwirkungen des Budgets mit der monetaristischen Kritik der "Wirkungsverzögerungen der Budgetpolitik" und daher deren mangelnder Dosierbarkeit unter einen Hut zu bringen.

Wir erfahren nicht nur, daß der richtige Zeitpunkt zur Budgetkonsolidierung jetzt ist, weil es später noch später ist, wir erfahren auch eine Reihe von ökonomischen Vorteilen der Konsolidierung. Hier besteht das Dilemma, daß alle keynesianischen Argumente, die in den 70er Jahren für eine Ausweitung des Budgetdefizits angeführt wurden, plötzlich vergessen werden müssen. Stattdessen müssen Argumente gegen hohe Budgetdefizite vorgebracht werden. Diese Argumente kann man als Wiederaufleben der "crowding-out" Debatte einordnen. Dazu gehören all jene Argumente, die von Neoklassikern und Monetaristen in den 60er und 70er Jahren gegen die Keynesianer vorgebracht wurden.

Sie zeichnen sich durch Wirtschaftsliberalismus, Skepsis gegenüber dem

Staatsapparat, viel Sorge um Effizienz und wenig Sorge um soziale Anliegen aus. Sie zielen auf eine Verringerung der Staatsquote, eine Verringerung der Steuerquote und eine Erhöhung des privatwirtschaftlichen Anteils am Sozialprodukt. Wir finden einen Großteil der Argumente der "crowding-out" Debatte im sozialpartnerschaftlichen Gutachten zur Budgetkonsolidierung, wie im folgenden gezeigt wird.

III. Die wirtschaftstheoretische Position im Gutachten zur Budgetkonsolidierung

Unter Punkt 2.2 hören wir "Von den Vorteilen der Budgetkonsolidierung" (Gutachten S.6):

*Budgetkonsolidierung vermeidet
Zinsauftrieb und erhöht die
Kreditwürdigkeit*

"Budgetkonsolidierung senkt die erforderliche Neuverschuldung des Staates und damit die Nachfrage nach Krediten insgesamt" (Gutachten S.6).

Hier wird unterstellt, daß die Nachfrage des Staates nach Krediten die Zinsen in die Höhe treibt. Ein "Zins-Crowding-Out" Argument der Neoklassik, das nur bei Vollbeschäftigung und nur in einer geschlossenen Wirtschaft gilt! Dann nur nimmt der Staat durch seine Nachfrage den Privaten Mitteln weg und verdrängt sie. Bei Unterauslastung und Arbeitslosigkeit oder wenn die Möglichkeit besteht zusätzliche Mittel aus dem Ausland aufzutreiben, verdrängt der Staat die Privaten nicht. Für Arbeitslosigkeit und nicht ausgelastete Ressourcen ist aber in der Neoklassik aufgrund der Annahme eines perfekten Funktionierens des Preismechanismus kein Platz. Implizit nehmen die Sozialpartner in ihrem Gutachten hier Vollbeschäftigung an, wenn sie sich auf Argumente der Neoklassik stützen. Im zweiten Teil kommt hingegen ein Argument der offenen Wirtschaft dazu und es wird behauptet, daß höher verschuldete Staaten international weniger kreditwürdig sind und daher höhere Zinsen zahlen müssen als Länder mit hoher Bonität.

Dieses Argument bezieht sich jedoch nur auf den Anteil der Auslandsschuld an der Finanzschuld, denn nur dieser Teil geht in das Rating zur Bonitätsbewertung von Ländern ein. Es ist ein Argument dafür, den Anteil der Auslandsschuld niedrig zu halten, aber kein Argument für Budgetkonsolidierung insgesamt.

Budgetkonsolidierung sichert die Währungsstabilität und Kaufkraftstabilität

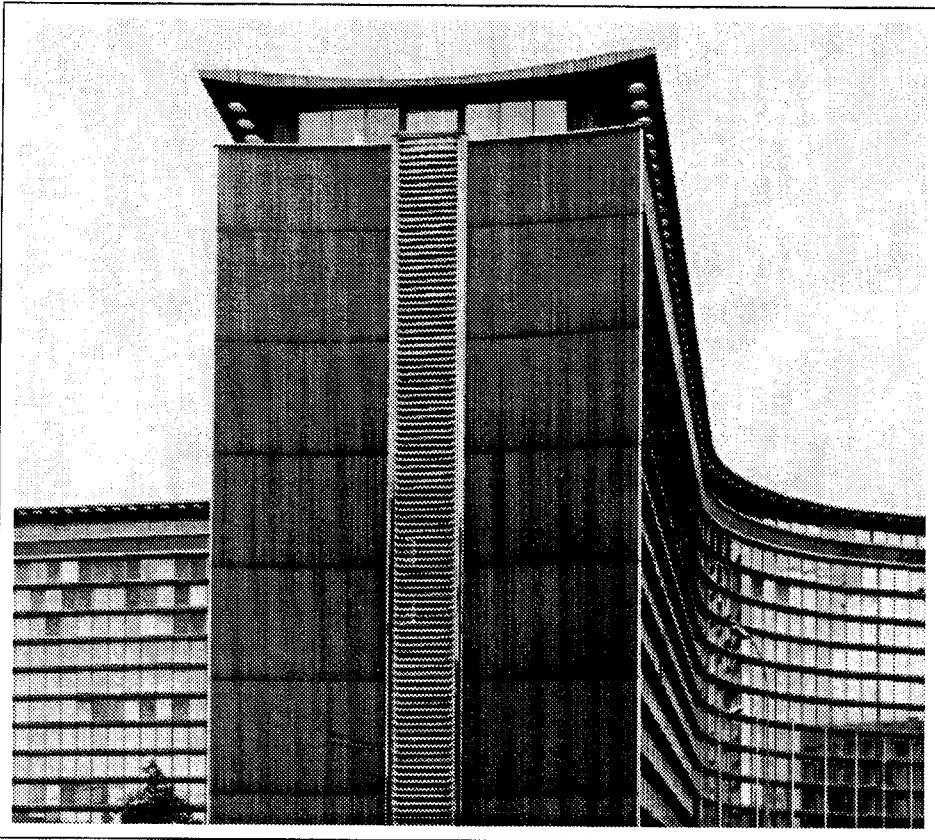
Hier wird auf die Akzeptanz der Wirtschaftspolitik durch internationale Kapitalmärkte verwiesen. "Österreich muß sein Defizit in den Akzeptanzbereich der internationalen Kapitalmärkte zurückführen" (Gutachten S.9). Wir erfahren nicht, warum und wann wir diesen Akzeptanzbereich verlassen haben und was das Budgetdefizit damit zu tun hat.

Endet der "Akzeptanzbereich der Finanzmärkte" mit dem Nicht-Rating als AAA-Land?

Bei diesem Argument erlaubt sich das Gutachten keynesianisch zu sein. Schuld an allen Problemen sind hier die bösen Finanzmärkte, und der kleinen armen offenen Volkswirtschaft sind die Hände gebunden. Sie muß sich dem Diktat der internationalen Finanzmärkte beugen. Eigeninitiative und politische Ideen sind damit nicht möglich. Wir können "linke" Argumente anbringen und doch entheben uns die Finanzmärkte damit der wirtschaftspolitischen Verantwortung. Wie bequem.

*Budgetpolitik sichert die erforderlichen
Haushaltsspielräume für die bestehenden
und die künftigen Aufgaben des
Staates*

Hier wird der steigende Zinsendienst an den Budgetausgaben thematisiert. Zinsausgaben verdrängen ökonomisch sinnvollere Ausgaben. Wenn das Argument allerdings so wie hier umgedreht wird, nämlich daß sinnvolle Ausgaben gekürzt werden müssen, um späteren Spielraum zu erhalten, ist nicht ersichtlich wie der Spielraum für die bestehenden Ausgaben dabei auch noch erhalten werden soll. Diese Argumente



Budgetkonsolidierung sichert den Wirtschaftsstandort Österreich

Dieses Argument ist nicht Bestandteil der traditionellen crowding-out Debatte, paßt aber in die wirtschaftstheoretische Grundkonzeption ihrer Vertreter. Niedrige Steuern werden gefordert um im Steuerwettbewerb zwischen den Staaten um ansiedlungswillige Industriebetriebe mithalten zu können. Auf die Idee, daß statt mit Großbritannien mitzuziehen ja auch die Möglichkeit bestünde, durch hohe Steuern und staatlich bereitgestellte Infrastruktur sich vom sozialen Dumping abzusondern um Betriebe anzulocken, kommt der Beirat nicht. Ferner wird die Effizienz bei der Bereitstellung öffentlicher Leistungen gefordert, um international wettbewerbsfähig zu bleiben.

Niedrige Steuern, viel Effizienz (und wenig Soziales), um die Betriebe anzulocken, ist der Tenor dieses Unterpunktes.

Budgetkonsolidierung sichert längerfristig den sozialen Frieden

"Wie aus historischen und internationalen Erfahrungen bekannt ist, führen unbewältigte Budgetkrisen längerfristig zu Verteilungskämpfen, zu einem weitgehenden Verlust der Akzeptanz der Politik und zu Extremismen aller Art" (Gutachten S.11). Die Leserin des Gutachtens steht vor einem Puzzle. Üblicherweise würde man erwarten, daß Budgeteinsparungen zu Verteilungskonflikten führen, da bei Kürzungen Konflikte wesentlich transparenter werden als wenn allen ein bißchen mehr gegeben wird. Es war ja die Idee der Sozialpartnerschaft, den Kuchen immer ein Stückchen wachsen zu lassen und damit Verteilungskonflikte zuzudecken. Kürzungen im Budget müßten demnach zu massiveren Verteilungskonflikten führen. Budgeteinsparungen bedingen ferner steigende Arbeitslosenzahlen (und das fatale am Budget ist ja, daß zusätzliche Defizite wenig zusätzliche Beschäftigungseffekte haben, Kürzungen sich aber sofort massiv in höherer Arbeitslosigkeit niederschlagen). Dies wiederum gefährdet den sozialen Frieden. Es

„der Konsolidierungsdebatte betreffen „intertemporales und intergeneratives crowding out“.

Gegner von Budgetdefiziten führen an, daß die heutige Generation sich auf Kosten der zukünftigen Generation, die die Staatsschuld bzw deren Zinsendienst zurückzahlen muß, bereichere. Doch schon Lorenz von Stein hat uns vor hundert Jahren gelehrt: "ein Staat ohne Staatsschuld tut entweder zu wenig für seine Zukunft oder er verlangt zuviel von der Gegenwart". Budgetdefizite bringen der nächsten Generation nicht nur Schulden sondern auch Leistungen in Form von bereitgestellter Infrastruktur, guten Arbeitsplätzen und sozialem Frieden.

Budgetkonsolidierung sichert die „Berechenbarkeit der Finanzpolitik“

Budgetdefizite lösen negative Erwartungen wie "künftige umfassende Steuererhöhungen und drastische staatliche Leistungseinschränkungen" aus. Hier werden wir mit den Argumenten der neuen klassischen Makroökonomie konfrontiert, die behauptet, daß Budgetpolitik überhaupt

nichts bewirkt. Steigende Staatsausgaben lösen in den rationale Erwartung hegenden Wirtschaftssubjekteten sofort die Antizipation zukünftiger Steuererhöhungen aus, weshalb diese sofort heute zu sparen beginnen, ihren Konsum heute einschränken um später die höheren Steuern zurückzahlen zu können. In dem Ausmaß in dem der Staat heute mehr ausgibt, geben die Privaten heute weniger aus. Wirtschaftspolitik wird perfekt antizipiert und konterkariert. Sie ist zur Wirkungslosigkeit verdammt. Doch nicht nur Steuererhöhungen, auch Inflations- und Abwertungserwartungen sollen angeblich durch steigende Budgetdefizite erweckt werden.

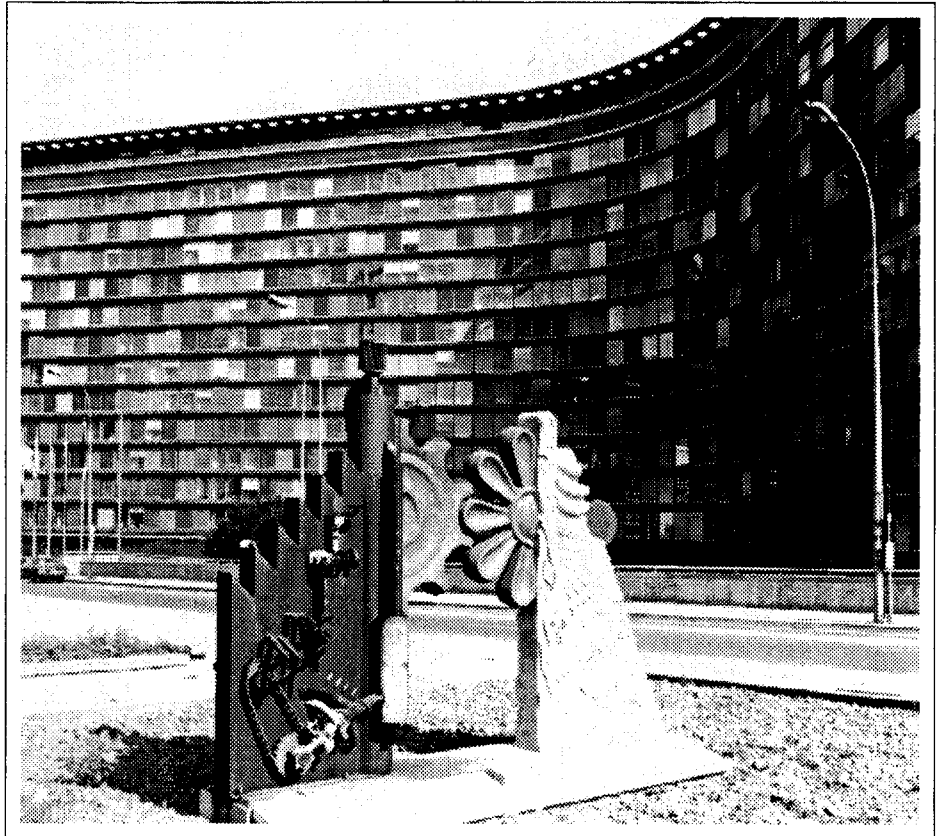
Hier wird "Inflations-crowding-out" unterstellt. Durch steigende Staatsausgaben und damit gestiegene Nachfrage in einer Volkswirtschaft treibt der Staat die Preise in die Höhe. Dieses Argument gilt bei Volllauslastung und Vollbeschäftigung. Bei Unterauslastung und Arbeitslosigkeit ist nicht einsichtig, warum rationale Anleger plötzlich ein Steigen der Inflationsrate erwarten sollten.

ist historisch bekannt, daß Extremis-
men in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit
auftreten.

Budgetkonsolidierung gefährdet dem-
nach den sozialen Frieden in Österreich
und sichert ihn nicht. Der Austrofaschis-
mus war nicht eine Folge einer "unbe-
wältigten Budgetkrise, die längerfristig
zu Verteilungskämpfen" führte, wie es
uns das Gutachten auf S.11 nahelegen
könnte, sondern eine Folge hoher Ar-
beitslosigkeit. Gerade wenn sich für
Österreich Hysterisis-Effekte nachweisen
lassen, daß nämlich die Arbeitslosenrate
von ihrer eigenen Vergangenheit ab-
hängt, ist es besonders wichtig, jegliches
Ansteigen derselben zu vermeiden, um
einen erfolgreichen historischen Pfad
auch für den sozialen Frieden in der Zu-
kunft zu legen.

Nach diesem "Puzzle" um den sozia-
len Frieden findet die Aufzählung von
den Vorteilen der Budgetkonsolidie-
rung ihre abschließende Krönung mit
dem Satz, "rasch und wirksam konsoli-
dierte öffentliche Budgets würden si-
cherstellen, daß Österreich ein interna-
tional zukunftsträchtiges "Unterneh-
men" bleibt" (Gutachten S.11). Öster-
reichs Sozialpartner definieren sich dem-
nach als Manager in einem IBM-Betrieb!

Auffallend im Gutachten ist auch die
starke Betonung von Staatsversagen.
"Der Staat ist überfordert, wenn ein stän-
diger Strom neuer Aufgaben und Rege-
lungen zu den bereits bestehenden hin-
zugefügt wird" (Gutachten S.15). Auch
dies ist ein Beweis einer konservativen
wirtschaftstheoretischen Position.
Keyensianer betonten hingegen "Markt-
versagen" als Legitimation von
Staatseingriffen. Mehr Markt - weniger
Staat, entnehmen wir als Leitlinie für die
Zukunft dem Gutachten. Das ist die
wirtschaftstheoretische konservative
Grundkonzeption des Gutachtens.



läßt. Ferner erspart man sich auch die
Peinlichkeit, die konservativsten Argu-
mente übernehmen zu müssen, die die
ökonomische Theorie zu bieten hat.
Als erster Schritt in Richtung Tetralem-
ma besteht darin, zunächst einmal
mehr als nur zwei Alternativen (Bud-
get konsolidieren jetzt/Budget konsoli-
dieren später) ins Auge zu fassen.
Ausgehend vom Gutachten seien zu-
nächst jene Punkte gesucht, die nicht
erwähnt werden.

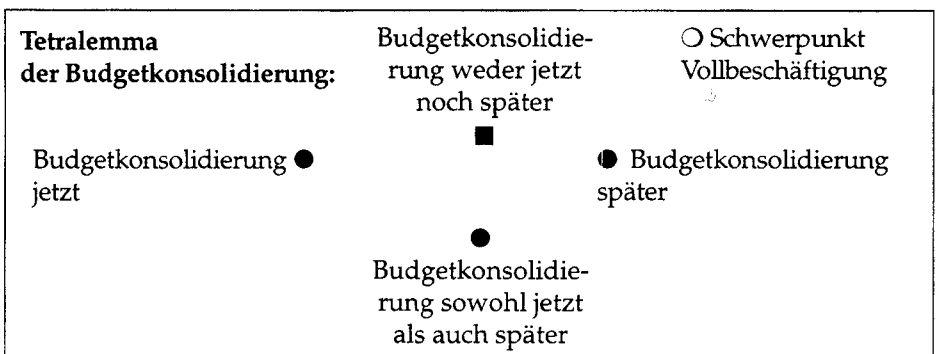
*Was fehlt im Gutachten ist: Von den
Nachteilen der Budgetkonsolidierung*

Die soziale Problematik, die mit
Budgetkonsolidierung einhergeht, die

prognostizierten steigenden Arbeitslo-
senzahlen (in nur wenigen Jahren wer-
den wir den europäischen Durch-
schnitt von 11 % eingeholt haben!), die
gesellschaftspolitischen Auswirkun-
gen, steigender Fremdenhaß, die Aus-
wirkungen auf Löhne und Einkom-
men etc. werden nicht thematisiert.
Obgleich erwähnt wird, daß der ge-
plante einprozentiger Stellenabbau im
öffentlichen Dienst 2000 Arbeitsplätze
kostet (S.17), obgleich von sozialem
Ausgleich gesprochen wird (S.18), fehlt
diesen Forderungen das soziale Ele-
ment. Denn unter sozialem Ausgleich
finden sich Forderungen wie eine "An-
hebung der Erwerbsbeteiligung" und
eine "Kostenbeteiligung im Gesund-

**IV. Sozialpartnerschaft im
Tetralemma**

Als Lösung zur Budgetkrise bietet sich
ein Tetralemma-Zugang an. Eine Sozi-
alpartnerschaft im Tetralemma hat we-
sentlich mehr Handlungsspielraum
und Platz für kreative Ideen als wenn
sie sich ins Dilemma-Korsett einengen



heitswesen" (S.18f). Dies sind Elemente des amerikanischen Modells: eine hohe Erwerbsbeteiligung, da Lahme, Kranke und Alte gezwungen werden am Arbeitsmarkt aufzutreten, und eine höhere Beteiligung an Risiken, wie dem Gesundheitsrisiko. Man jammert im Gutachten über zu hohe Steuererträge und fordert ausgabenseitige Konsolidierung. Und dies, obwohl ein kurzer Blick auf die Budgetentwicklung genügt, um zu erkennen, daß die Einnahmenquote des Bundes sinkt. Während, laut Aufstellung des Bundesministeriums für Finanzen vom 10.4.1995 die Steuereinnahmen 1992 noch 16.7% des BIP betragen, waren sie 1995 nur noch 14.4%. Wenn die Steuereinnahmen systematisch hinter dem volkswirtschaftlichen Wachstum nachhinken, läßt sich ein Budget ausgabenseitig nur konsolidieren, wenn sich der Staat gänzlich aus allen Staatstätigkeiten zurückzieht. Das perfekte Chaos, das Zerfleischen der Wölfe untereinander, das Thomas Hobbes im Leviathan beschreibt, wäre die Folge.

Betrachtet man die großen Steigerungen bei den Ausgaben, so sieht man, daß sie tlw. auf gestiegene Arbeitslosigkeit zurückzuführen sind. So sind etwa die Ausgaben für Arbeitslosenversicherung in den letzten drei Jahren um 10 Milliarden Schilling, von 1992 23.8 Mrd auf 1995 33.5 Mrd, gestiegen. Eine ausgabenseitige Sanierung erhöht die nötigen Ausgaben für Arbeitslosigkeit noch weiter und der Teufelskreis der ausgabenseitigen Sanierung, daß nämlich immer mehr Kürzungen nötig sind, weil durch Dämpfung der Wirtschaft die Einnahmen immer weiter sinken, beginnt.

So vielseitig und tlw widersprüchlich die Argumente zur Budgetkonsolidierung auch sind, ein Argument dominiert die Debatte: die zu hohen Zinsen. Mit mehr oder weniger plausiblen Argumenten wird uns klargemacht, daß ein Zehntelprozentpunkt höherer Zinssätze bereits ein Problem darstellt. Etwa wenn dieser Zehntelprozentpunkt das Bundesbudget um rund 1 Milliarde Schilling zusätzlich belasten soll (Gutachten S.8). Manchmal sind die Argumente aber schlichtweg falsch. So etwa wird auf Seite 20 des Gutachtens befürchtet, daß Budgetdefi-

zite inflationär wirken. Es wird "insbesondere eine kontraproduktive Rückwirkung von Maßnahmen via höhere Inflation auf das Zinsniveau" befürchtet, "was den Zinsaufwand des Staates unmittelbar erhöhen würde". Dies übersieht, daß bei Inflation alle Staatsausgaben, nicht nur die Zinsen, um die Inflationsrate ansteigen. Aber zum Glück steigen auch die Einnahmen. Diese steigen in der Regel überproportional an, weil Leute in höhere Progressionsstufen fallen. Das ist der Grund, warum der Staat üblicherweise als "Gewinner" von Inflation gesehen wird. Er kann sich über Inflation zusätzliche Einnahmen ("Seignorage") schaffen. Gerade dies hat ja die Debatte um die Unabhängigkeit der Notenbank vom Bund initiiert. Daß der Bund plötzlich "Leidtragender" höherer Inflationsraten sein soll, der nur seine Zinsausgaben ansteigen sieht, während alles andere gleich bleibt, ist schlichtweg falsch. Im Gegenteil: wir können eher den Schluß ziehen, daß die Inflationsraten zu niedrig sind und daher die Seignoramöglichkeiten des Bundes als Einnahmequelle zu gering sind.

Ein Ausweg aus dem Dilemma der Budgetkonsolidierung ist schon allein dadurch zu finden, daß andere Möglichkeiten ins Auge gefaßt werden. Etwa bestünde selbst in der Dilemmasituation bereits die Möglichkeit, andere Schlüsse zu ziehen. Wenn tatsächlich zu hohe Zinsen das Problem der Staatsschuld sind, ist zu fragen, wie können die Zinsen gesenkt werden und nicht die Ausgaben. Kostengünstigere Finanzierungsformen der Staatsschuld sind dann zu überlegen. Wenn die Steuerquote sinkt, ist eine steuerliche Korrektur ebenfalls dringlicher als eine ausgabenseitige. Aber wesentlich vielversprechender ist es, die Dilemmasituation zu verlassen und das Budgetproblem unter einer Tetralemma-Perspektive zu betrachten. Wenn wir die "Sachzwanglogik der Budgetkonsolidierung" verlassen und das Budgetproblem von außen betrachten, können wir uns wieder fragen, was denn eigentlich das wirtschaftspolitische Ziel sein soll, das wir verfolgen wollen. Einst war dieses Ziel die Voll-

beschäftigung. Und die Verfolgung dieses Ziels hat uns irgendwann irgendwie in die Budgetdilemma Situation geführt. Aber unter Rückbesinnung auf unser eigentliches Ziel können wir die Budgetdilemmasituation auch wieder verlassen. Budgetkonsolidierung weder jetzt noch später. Wenn Vollbeschäftigung das Ziel, und das Budget nur ein Mittel ist, können wir das Budgetproblem unter einem neuen Gesichtspunkt, nämlich dem des Hilfsinstruments, betrachten. Und Vollbeschäftigung ist möglich. Denn wie Paul Krugman zu sagen pflegt: jedes wirtschaftspolitische Ziel ist möglich, es hat nur seinen Preis. Statt im Dilemma der Budgetkonsolidierung zu verharren, können wir im Tetralemma eine andere Alternative wählen (etwa Budgetkonsolidierung weder jetzt noch später), eine aktive Politik der Vollbeschäftigung, insbesondere der Beseitigung struktureller Arbeitsmarktprobleme, verfolgen und die Präferenzen der Leute mit klaren wirtschaftspolitischen Zielen prägen und beeinflussen. Kurzum wieder Politik machen statt irgendeiner Sachzwanglogik als IBM-Betriebsmanager hinterherzulaufen. Das Budget kann ja auch Ergebnis einer Politik sein und nicht das primäre Ziel. Bei Vollbeschäftigung wären die Einnahmen wesentlich höher und die Ausgaben geringer. Wie uns das Beispiel der Sozialpartner auf der Trauminsel Gili Meno zeigte, könnte es dann sein, daß sich das von uns so sehr thematisierte Budgetproblem dann gar nicht mehr als solches stellt. Im Gegenteil: statt in Baracken zu hausen oder von Sandflöhen gefressen zu werden, schnorchelten die Sozialpartner friedlich und entdeckten blaue und violette Korallenriffe, die noch nie jemand vor ihnen gesehen hatte. Manchmal tauchte ein Hai auf, aber auch da half ihnen die Idee des Tetralemmas weiter.

*Dr. Brigitte Unger ist Ökonomin und
Lehrbeauftragte an der
Wirtschaftsuniversität Wien.*